



Einkommensrunde 2002

Gemeinsame Forderungen für den öffentlichen Dienst beschlossen

Lohnerhöhung deutlich über 3 Prozent und Stufenplan zur Ostangleichung gefordert

In vielen Branchen ist 2002 von den Gewerkschaften berechtigter Weise die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 6,5 % erhoben worden. Gerechtfertigt wäre eine solche Forderung auch für den öffentlichen Dienst.

Angesichts der Tatsache, dass die Lohn- und Vergütungsrunde im öffentlichen Dienst den Abschluss der Tarifrunden 2002 bildet und die Abschlüsse aller wichtigen Branchen - darunter Bauwirtschaft, Druckindustrie und Einzelhandel - mit einer 3 vor dem Komma abgeschlossen haben, erwarten die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB ein Ergebnis mit einer 3 vor dem Komma auch für den öffentlichen Dienst.

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB fordern:

- Eine Erhöhung der Löhne und Vergütungen von deutlich über 3 % mit einer Laufzeit von 12 Monaten für Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellte und Auszubildende.
- Die Löhne und Vergütungen der Beschäftigten in den neuen Bundesländern sind im Wege eines Stufenplanes bis spätestens 2007 verbindlich auf 100 % des Westniveaus anzuheben.
- Die tarifvertraglichen Regelungen zur Übernahme der Auszubildenden ist fortzusetzen.
- Das Tarifergebnis ist zeit- und inhaltsgleich auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten zu übertragen.

Die Gewerkschaften des öffentlichen im DGB sind entschlossen, eine Abkoppelung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von den Tarifergebnissen dieses Jahres in der Privatwirtschaft nicht zuzulassen. Mit ihrem Beschluss setzen die Gewerkschaften zugleich auf zügige, ergebnisorientierte Verhandlungen und erwarten deshalb von den öffentlichen Arbeitgebern in der Verhandlungsrunde am 15. November 2002 ein verhandlungsfähiges Angebot.

Kerstin Philipp, im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig für die Tarifpolitik in der GdP: „Mit dieser gemeinsamen Forderung machen die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB deutlich, dass sie für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht mehr - aber auch nicht weniger - als das erreichen wollen, was in den übrigen Tarifbereichen bereits durchgesetzt worden ist. Für die GdP ist maßgeblich, dass ein Stufenplan für die Angleichung Ost zügig umgesetzt wird. Wir werden alles versuchen, dies vor 2007 umzusetzen. Die allgemeine Einkommensrunde sowie die Angleichung Ost stehen als Forderungen gleichberechtigt nebeneinander und dürfen nicht gegeneinander aufgerechnet werden.“

Die Verhandlungen beginnen am 15. November 2002 in Stuttgart.